

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unvollständig eingelangene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verantwortlich: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Beute von Riga.

Amstich. Großes Hauptquartier, 12. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Sereedgruppe Kronprinz Rupprecht.
In mehreren Abschnitten der flandrischen Front, im Artois und nördlich von St. Quentin lebte die Feuerfähigkeit in den Wochenenden beträchtlich auf. Besonders kam es zu Zusammenstößen der Infanterie im Bereich der Stellungen.

Sereedgruppe Deutscher Kronprinz.
Nach harter Feuerwirkung brachen französische Abteilungen zu gewaltsamen Entwendungen beiderseits der Straße Somme-Py-Souain in der Champagne vor. Sie wurden durch Feuer und im Kampf zurückgetrieben. Gefangene blieben in unserer Hand.

Vor Verdun hat die Kampftätigkeit der Artillerie nachgelassen.
19 feindliche Flieger sind abgeschossen worden; einen davon brachte Leutnant Bob (46. Luftflieger) zum Absturz.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold.

In mehreren Stellen zwischen Ostsee und Düna waren unsere Vorposten russische Aufklärungsabteilungen durch Kampf zurück.

Die Gefangenensicht aus der Schlacht bei Riga ist auf 8900 geschätzt; die Beute beläuft sich auf 328 Geschütze, davon ein Drittel schwere. Mehrere beladene Woll- und Kleinschiffe, große Pioniergeräte, Schichtbedarf- und Verpflegungsvorräte, zahlreiche Kraftwagen und andere Truppenfahrzeuge.

Front Erzherzog Joseph.

Zwischen Pruth und Moldawa vielfach rege Artillerietätigkeit und Gefandungsgefahr.
Die Russen setzten bei Gollia ihren Angriff nicht fort. Südwestlich von Irgul Duna blieb der Feind häufigmal gegen unsere Linien vor; stets wurde er verlustreich abgewiesen.

Mazedonische Front.

Die Lage am Südwestufer des Chrida-Sees hat sich nicht wesentlich geändert.
Im Westen von Monastir härteres Feuer als in letzter Zeit.

Der Erste Generalquartiermeister.

Lubendorff. (W. Z. S.)

Die Lage in Russland.

Vor der Entscheidung.

Von Hans Vorst.

Die bisher über den Stand der Dinge in Russland vorliegenden Nachrichten geben noch kein ganz klares Bild. Die Petersburger Telegraphenagentur befindet sich in der Hand der Regierung Kerenski's und ihre Darstellung der Lage kann daher nicht als unbedingt objektiv gelten. Aber es ist zu beachten, daß ihre Meldungen überaus zuverlässig klingen.

Heute früh wurde hier die Weiter-Meldung veröffentlicht, daß Kornilow die ihm ergebenen Truppen gegen die Hauptstadt marschieren lasse. Die inzwischen eingetroffenen Agentenmeldungen ließen keinen Zweifel mehr an der Wahrheit dieser Nachricht. Es war ja auch, wie bereits gefehlt ausgesprochen wurde, zu erwarten, daß Kornilow den Kampf energisch aufnehmen werde. Wir erfahren noch nichts über die Zahl noch über die Zusammenfassung der Truppen, die er gegen Petersburg führt. Aber man darf annehmen, daß die Kolonnen daran einen bedeutenden Anteil haben. Ihre kontrarevolutionäre Stimmung hatte sich in letzter Zeit deutlich gezeigt, unter anderem in der Rede ihres Ataman Kaledin, der auf der Moskauer Staatskonferenz, die Auflösung der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte verlangte.

Die Petersburger Telegraphenagentur ist bemüht, die Dinge so darzustellen, als seien die Truppen, die Kornilow zur Verfügung stehen, irreführt worden. Man habe in ihnen den Glauben erweckt, daß sie nach Petersburg geführt würden, um die Hauptstadt von den maximalistischen Regimenten zu säubern. Die provisorische Regierung habe Maßregeln getroffen, um die Truppen Kornilows auszuwickeln. Die Abordnung eines Kommandements sei bereits in Petersburg eingetroffen, und habe erklärt, die Regierung treu bleiben zu wollen nachdem das Regiment die Wahrheit erfahren habe. Eine weitere Agentenmeldung besagt, die Kolonnen der Aufständischen hätten ihren Vormarsch eingestellt, da sie die Verbindung untereinander verloren hätten. Einige ihrer Truppenführer seien in Petersburg eingetroffen und hätten, um die Erlaubnis gebeten, ihre Soldaten zu empfangen. Die Regierung, heißt es, treffe energische Maßnahmen zur Verteidigung Petersburgs gegen jeden Angriff und man hoffe, ein Blutvergießen zu vermeiden. Man hält es also für möglich, daß die von Kornilow geführte Aufständischebewegung schon auseinanderfällt, ehe es überhaupt zu einem bewaffneten Zusammenstoß gekommen ist.

Die Depeschen der Petersburger Agentur stellen die Lage ferner so dar, als ob der Staatsstreich Kornilows „fast von dem ganzen Lande und fast von der ganzen Land- und Seestreitmacht gebilligt“ werde und sich sehr dem Zusammenbruch nähere. Alle hohen Truppenführer an der Front hätten sich für die provisorische Regierung erklärt haben bis auf General Gufomski und den Befehlshaber der Südwestfront General Gornikow, der mit seinem Stabe verhaftet worden ist. Es ist wohl ein Unikum in der Geschichte, daß man diesen gefangenen General, im Interesse der Landesverteidigung, den Befehl über die militärischen Operationen beläßt und ihn nur unter die Kontrolle der demokratischen Komiteesorganisation stellt. Admiral Rajwofow, der Kommandant der Ostseeflotte, hat in einem Aufsatze die Flotte aufgefordert, die Weisungen der provisorischen Regierung zu erfüllen. Die Garnison und die Arbeiter von Petersburg, haben sich für Kerenski erklärt, der Gemeinderat von Moskau richtet den gleichen Appell an die Bevölkerung, aus der Provinz treffen zahlreiche Kundgebungen ein. Die Vorkämpfer der Revolution gegen die Regierung zum Ausdruck bringen. So hat denn der Vizepräsident des Ministerrates Krasnow seine Mitteilungen an die Presse mit dem Satz geschlossen: „In diesem Augenblicke kann man unerschöpflich feststellen, daß das ganze Land für Kerenski ist, der die Revolution gegen den für die Reaktion Eintretenden Kornilow verteidigt.“

Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese Auffassung als allzu optimistisch betrachtet. Welche bürokratische Kräfte im Lande sind zweifellos gegen die Regierung Kerenski's aufgebracht erbittert und bereit, jeden Versuch der Gegenrevolution zu unterstützen. Man darf ferner annehmen, daß die gegenrevolutionäre Stimmung gerade in den höheren Kommandostellen des Heeres, die ja nach wie vor mit Vertretern des alten Kaiserreiches besetzt sind, hart vertreten ist. Gerade über diesen Hintergrund ist von der revolutionären russischen Demokratie viel gesagt worden. Seine praktischen Folgen könnten sich schnell und deutlich zeigen, sobald es Kornilow gelänge, einen Anfangserfolg zu erringen. Dies aber hängt durchaus nicht von der durchschnittlichen Stimmung des Landes ab, sondern, da es die militärische Entscheidung anhängt, von der Zahl und Treue der Truppen, auf die er sich stützen kann. Eine ihrem Führer unbedingt ergeben und auf geistige Disziplin bedingte natürlich als unmittelbarer Nachschub mehr, als die ganze Arbeiterkraft Petersburgs, und konnte sich gewiss in schnellem Handreich der Hauptstadt bemächtigen, wenn sie nicht durch die von Kornilow entlassenen Truppen...

Die Kadetten gegen Kerenski.

Die Kadettenführer

für ein Ministerium unter Alexejew.

Kerenski's Ablehnung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

h. Stockholm, 12. September.

Die „Riesch“ meldet, daß sich die Kadettenführer und Alexejew Kerenski, um ihre Vermittlung anzufragen, damit der Bürgerkrieg vermieden werde. Kerenski betrachtet jedoch ein Verhandeln mit dem Gegenseite als unmöglich. Er erklärte, er hätte nichts dagegen, die Macht an ein neues Kabinett zu übertragen, das mit Kornilow direkt verhandeln könnte. Nach Besprechungen mit den zurückgetretenen Kabinettsmitgliedern sah man ein, daß Kerenski's Standpunkt der richtige sei, den inneren Unruhen ein Ende zu bereiten. Der frühere Generalstabschef Alexejew wurde dabei für den Posten des Ministerpräsidenten in Aussicht genommen. Inzwischen aber nahm Kerenski trotz der Forderung der Kadetten davon Abstand, die Macht Alexejew zu überlassen, und leitete unmittelbare Verhandlungen mit dem Sowjet ein. Man nimmt an, daß das sozialistische Element für ein neues Kabinett vertreten sein wird. Von Nichtsozialisten verbleiben der Minister des Innern, Tereschikow und der Finanzminister Krasnow. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Sawinow, wurde an Stelle des Generals Baskowitsch zum Generalgouverneur von Petersburg ernannt. Im Gegensatz zu der Weiter-Meldung über Ernennung Kerenski zum Diktator verläutet bisher direkt aus Petersburg hierüber nichts. Man nimmt deshalb an, daß Kerenski es sich noch überlegt, ob er die höchste Macht übernehmen solle.

Die angeblichen Absichten Kornilows.

Kornilow für sofortigen Frieden?

(Telegramm unseres Korrespondenten)

h. Karlsruhe, 12. September.

Von ausgezeichnet unterrichtet neutraler Seite erzählt das „Berliner Tageblatt“, daß man dem General Kornilow völlig erdichtete Absichten unterbreite. Die von der Petersburger Telegraphenagentur fälschlich veröffentlichten Berichte über Kornilow sind vollständig gefälscht. Kornilow ist alles, nur kein Parteigänger der Entente. Auf der Moskauer Konferenz erklärte er ausdrücklich die Unmöglichkeit für Russland weiter zu kämpfen und betonte die Notwendigkeit der sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten. Kornilow hat für den sofortigen Frieden gesprochen und wurde dafür feierlich von dem größten Teil der Zuhörer in dem Saal der Konferenz und von der Masse der draulenden Demonstrierenden jubelt und als der einzige Retter Russlands gefeiert. Sowohl Kerenski als auch die englische Zensur haben die Erklärungen Kornilows unterdrückt und ihm dafür ein gänzlich erdichtete Kriegspropagandaprogramm nachgelegt. Kornilow glaubt nicht einmal an die Möglichkeit, sich auf die Zensur einstellen zu können. Er ist vor allem empört über die wachsende Annäherung der englischen Militärschwärme sowohl im Hauptquartier, als auch an den einzelnen Frontabschnitten. Diese Gefährdung haben die Generalstabs...

gebracht, sich den Anschauungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu nähern. Er spielt bereits mit dem Gedanken, sich im Namen des Heeres an die Spitze einer Friedensbewegung zu stellen und damit gegen Kerenski und gegen die Entente Überhand zu leisten.

Die Aufständischebewegung Kornilows angeblich gescheitert.

Die Land- und Seestreitmacht für die einstweilige Regierung. — Offizielle Petersburger Darstellung.

Petersburg, 12. September. (Peterb. Tel.-Agentur.)

Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet: Die von Kornilow organisierte Aufständischebewegung wird von fast der ganzen Land- und Seestreitmacht mißbilligt und nähert sich rasch dem Zusammenbruch. Die Befehls-haber aller Fronten, mit Ausnahme des Generals Zenkin, haben sich in voller Uebereinstimmung mit den militärischen Ausschüssen und den demokratischen Verbänden über den Zustand der Sache erklärt, daß sie der Regierung treu bleiben. General Zenkin und sein Generalstab wurden in seinem Hauptquartier verhaftet, indessen wurde den Resten des in Ansehung der Landesverteidigung der Befehl über die militärischen Operationen nicht entzogen. Sie wurden aber unter die Erlaubnis der militärischen Ausschüsse gestellt. Die Offiziere hat sich in ihrer Gesamtheit entschieden für die Regierung ausgesprochen. Die Kolonnen der Truppen Kornilows, von denen mehrere in die Aufständischebewegung auf unerlaubte Weise hineingezogen wurden, haben ihren Vor-marsch eingestellt, da sie die Verbindung unter sich verloren haben. Einige Führer dieser Kolonnen trafen in Petersburg ein, um die Erlaubnis zu erbitten, ihre Vorgesetzten festzunehmen, die die Regierung verhaften hätten. Die Regierung trifft weiter energische Maßnahmen zur Verteidigung Petersburgs gegen jegliche Angriffe, und es ist zu hoffen, daß ein Blutvergießen vermieden werden wird. Zahlreiche aus den Provinzen eingehende Nachrichten zeigen die gleiche Haltung vollkommener Ergebenheit gegenüber der einstweiligen Regierung.

Petersburg, 12. September. (Peterb. Telegr.-Agentur.)

Die Regierung verlanbe ein Rundschreiben an alle Regierungskommissare der Provinz, in dem sie ihre Aufmerksamkeit auf Kornilows Haltung und sein Verhalten auf Petersburg lenkt und sie auffordert, die Bevölkerung über die Lage aufzuklären und zu beruhigen. Ein Appell Kerenski's an die Petersburger Arbeiter erklärt, daß der frühere Generalstabschef, der das Vertrauen der Nation genöthigt habe, seine Treulosigkeit bewiesen habe, indem er Truppen gegen Petersburg führe und dadurch die Front schwäche. Der Arbeitsminister Sokolow ersucht einen Aufruf an alle Arbeiter Russlands, in dem er ihnen das Verhalten Kornilows zur Kenntnis bringt und sie auffordert, die Regierung zu unterstützen.

Moskau, 12. September. (Peterb. Telegr.-Agentur.)

Garnison, Berufsverbände, Arbeiter und Eisenbahner haben Versammlungen abgehalten und beschließen, die einstweilige Regierung treu zu bleiben. Der Gemeinderat in Moskau hat einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, in dem es heißt, die alte Hauptstadt müsse sich wie ein Mann zur Verteidigung der Revolution erheben und einen Bürgerkrieg ver-treten.

entgegengestellt werden können. Man nehme nur einmal an, daß es Kornilow gelang, Petersburg in die Gewalt zu bekommen, so würde sich dann erst die Stärke zeigen, die gegenrevolutionäre Bewegung in Rußland bereits angenommen hat. Alle die heimlichen Feinde der Revolution, die sich bisher noch vorzüglich verborgen halten, würden sich dann erst hervorwagen. Und abgesehen von der Revolution alle die zahllosen Märzrevolutionäre, die sich ihr nur angeschlossen haben, weil sie zu der Masse gehören, die stets hinter dem Wagen des Siegers herläuft.

Die Lage der provisorischen Regierung ist gewiß nicht so gefährlich, wie die offiziellen Berichte glauben machen wollen. Wie kritisch die Lage ist, wird noch dadurch beleuchtet, daß gerade in dem drohenden Augenblick, den der Angriff Kornilows bedeutet, wieder eine Krise innerhalb der Regierung selbst ausgebrochen ist. Eine Ministeriumsbildung besagte, daß das ganze Kabinett zurücktreten sei, angeblich, um Kerenski volle Handlungsfreiheit zu geben. Kerenski ging in seinen Mitteilungen an die Presse darauf nicht näher ein, sprach aber doch von einer Neubildung des Ministeriums, die sich freilich nur auf zwei Portefeuilles beschränken sollte. Daß

gerade Tschernow, das rothkollne und von den Kadetten auf Beschläge angefeindete Mitglied des bisherigen Kabinetts, zurückgetreten sei, ließ schon darauf schließen, daß wiederum die Reibungen zwischen bürgerlichen und sozialistischen Ministern die Ursache der Krise waren. Diese Auffassung wird in später Stunde durch die Mitteilungen der Petersburger Agentur über die Kabinetskrise bestätigt. Danach sind Kerenski und Alexejew an Kerenski herangetreten und haben ihm zur Vermeidung des Bürgerkrieges ihre Vermittlung angeboten. Sie haben sich mit anderen Worten gegen Kerenski erklärt. Offenbar steht die Kadettenpartei hinter ihrem Führer Miljukow. Es sollte unter Alexejews Vorstoß ein neues Kabinett gebildet werden. Eine auf diese Weise gebildete Regierung wäre eine Regierung des Kampfes gegen die revolutionäre Demokratie Rußlands gegen und Kerenski hat es, nach anfänglichem auffälligen Schwanken, abgelehnt, auf diesen Vermittlungsvorschlag einzugehen. Er hat sich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Verbindung gesetzt und wird nun auf die Mitwirkung der Kadetten verzichten müssen. Es scheiden sich die Geister.

Neue U-Boot-Erfolge.
Amst. 11. September.
Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: sieben Dampfer und zwei Segler mit 20000 Briten ergriffen, darunter zwei große, bewaffnete Dampfer und ein englischer Transporter. Die beiden Segler hatten Grundbohrt und Soda geladen.
Der Chef des Admiralsstabes des Marins

Die Bemühungen Painlevés zur Neubildung des französischen Kabinetts.
Paris, 12. September. (Meldung der Agence Havas.) Painlevé hat sich um 1 Uhr morgens ins Büro begeben, um dem Präsidenten Poincaré mitzuteilen, daß er seinen Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden, zurückgehe, da es ihm nicht gelinge, ein Ministerium der nationalen Einheit zustande zu bringen. Poincaré ermahnte Painlevé, seine Bemühungen um die Bildung eines Kabinetts fortzusetzen. Painlevé erbot sich Bedenkzeit.

Die entwendeten Depeschen des deutschen Geschäftsträgers in Argentinien.

Amerika gegen Schweden.

Eine halbamtliche deutsche Mitteilung.
Die halbamtliche Nordd. Allg. Ztg. bringt heute unter der Überschrift „zur Klarstellung“ folgende Mitteilung:
Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Washington hat das Staatsdepartement den Vorkauf dreier Telegramme veröffentlicht, die der deutsche Gesandte in Buenos Aires im Mai und Juli d. J. durch Vermittlung der dortigen schwedischen Gesandtschaft abgefordert hat und die unsere Beziehungen mit Argentinien betreffen. Die Veröffentlichung ist offenbar ein Ausfluß der durch die militärische Lage, durch die jüngsten deutschen Enthaltungen und durch die feindselige Belegung des Torojensfalls erzeugten schlechten Laune im feindseligen Lager, und verfolgt den doppelten Zweck, einmal eine neue Krise in den deutsch-argentinischen Beziehungen zu erzeugen und sodann der schwedischen Regierung Angelegenheiten zu betreiben.

der Regierung trennen, die die elementarsten Grundsätze der internationalen Ehre verletzt habe, oder die Vereinigten Staaten werden weitere Verhandlungen mit Schweden aufgeben. Das New-Yorker „Provincial Journal“ beschuldigt den schwedischen Gesandten in Washington, Ceterum, er sei der eigentliche Mittelpunkt der „schwedischen Mittäterschaft“ in Amerika und möge daher für das Verhalten des schwedischen Gesandten in Südamerika zu deutschen Gunsten gesehen. „Washington Dispatch“ ist der Ansicht, daß die Entlohnung der Lage beschleunigt sei, die Schweden offensichtlich zum Krieges zuzunehmen, um offiziell die Verleumdung einer Aktion unterzogen hätten. „Sun“ sagt: Wenn Buenos Aires einsehen wird, welche jenseitige Unversämtheit und freie Beringschlag der Rechte der Neutralen in Argentinien liegt, wird diese Angelegenheit in Argentinien fruchtig in die Hand genommen werden.

wahrscheinlicher, daß die amerikanische, die argentinische und die englische Regierung getrennt formale Erklärung von der Stadtherrn Regierung verlangen würden. Seitens Argentinens werde man gleichzeitig in Berlin Auffassung fordern. Französische Presse schreit natürlich nach Vergeltung. Sie will abwechselnd der schwedischen Regierung und den schwedischen Werten Unterdrückung gemahnen. Das schwedische Volk werde den jetzigen Schwächen Gelegenheit haben, sich von der englischen Losaufgabe Befreier „Kampfs“ und „Sonnenschein“, daß das schwedische Volk nicht unter den Fährten der Entente zu leiden habe.

Die Agitation in Amerika und England.

Die amerikanische Regierung gegen Schweden.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Saag, 11. September.
Das Ministerium des Auswärtigen in Washington veröffentlicht durch Reuters folgende Erklärung:
Das Ministerium hat gewisse Telegramme des Grafen Burgzug deutschen Geschäftsträgers in Buenos Aires, beschlagnahmt, die, wie ich zu meinen Bedauern sagen muß (augenscheinlich spricht Kassa), durch die schwedische Gesandtschaft in Buenos Aires versandt worden sind, als ob es ihre eigenen Telegramme wären, abdrückt an das schwedische Auswärtige Amt. Das Ministerium des Auswärtigen gibt dann eine Heberlegung der beschlagnahmten Telegramme des deutschen Geschäftsträgers. Sie sind vom Mai und Juni 1917 datiert.

Erklärung des schwedischen Ministers des Auswärtigen.

Stockholm, 9. September. (M. Z. B.) „Evenska Telegrammbureau“ meldet: Anlässlich der Aufstellung des Staatssekretärs Lanfing hat der schwedische Minister des Auswärtigen am Montag abend folgende Erklärung abgegeben:

Diese Veröffentlichung der amerikanischen Regierung macht in Amerika und in England großes Aufsehen. Der „Daily Telegraph“ sagt: „Die von der amerikanischen Regierung entdeckten Telegramme sind höchst ernst. Ob die schwedische Gesandtschaft oder das schwedische Auswärtige Amt den Inhalt dieser oder anderer als gefälschte Schiffstelegramme kannte, wissen wir nicht und werden wir vielleicht niemals wissen.“ Die „Daily Mail“ beschuldigt ausdrücklich den amerikanischen Spionagedienst und sagt: „Ein ärgeres Stück von Mißbrauch diplomatischer Mittel, der auf Deutschland zurückfällt, ist noch nicht entdekt worden.“ Die „Times“ schreiben: „Die Neutralität ist tatsächlich verletzt. Dafür sind die Beweise überzeugend. An erster Stelle muß jetzt die schwedische Regierung und das schwedische Volk überlegen, wie weit die Enttüllung ihrer Stellung gebietet hat. Alle Alliierten, die Vereinigten Staaten, Argentinien und alle anderen neutralen Länder, in denen die schwedische Gesandtschaft als deutsches Nachrichtenbureau benutzt worden ist, sind verletzt worden.“ Dagegen sagen die liberalen „Daily News“: „Nach bleibt die Hoffnung, daß der Gebrauch, den Graf Burgzug von der ihm gegebenen Erlaubnis machte, den Schweden nicht bekannt war. Solange Schweden seine Erklärung abgegeben hat, müssen wir uns vorzüglich benehmen. Eine mächtige Partei in Schweden mag für Deutschland sein, aber es gibt doch eine starke Partei dort, die den wahren Charakter der deutschen Regierung so gut wie wir Engländer kennt. Branting ist eine der großen Figuren Europas und die Ministern haben ihm viel zu danken.“

Das Ministerium des Auswärtigen keine Mitteilung über die Hebermittlung der in der Erklärung des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten erwähnten Telegramme erhalten. Das königliche Ministerium kann darum keine endgültige Stellung zu den Angaben nehmen, sich daraus ergeben können. Inwiefern es es wagt, daß es Beg des Reiches der damals im Amt befindliche Minister des Auswärtigen zu müssen glaubt, daß ein deutsches Telegramm über die Zivillieferung von Kassa durch telegraphiert wurde und eine ähnliche Erlaubnis den Vertretern der Parteien bei Kriegführenden Parteien unabhängig davon gewährt wurde, ob Schweden mit der Vertretung der Interessen eines Krieges befindlichen Landes betraut war, was unvollständig einen tatsächlichen Austausch von Telegrammen und Briefen mit sich bringt. Das die Vereinigten Staaten betrifft, so erwiderte amerikanische Gesandte in Stockholm bei mehreren Gelegenheiten im Laufe des Jahres damit, daß Briefe und Telegramme von oder nach der Zerkel abermalt worden. Dies war bemängelt. Dieses Ergehen wurde ebenfalls gestellt zu einer Zeit als die Türkei sich nicht im Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten befand und in der die schwedische Gesandtschaft noch nicht mit Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten beauftragt war. Diese Depeschen wurden über Deutschland gesandt.

Gegen letztere richtet sich der neueste Depeschenbroschur, dessen sich die amerikanische Regierung rühmen darf, in erster Linie, und der gesamte Chorus der Antientepresse bezieht sich, die wilden Vorwürfe gegen ihr angeblich neutralitätswidriges Verhalten zu erheben.

Zur Klarstellung sei folgendes bemerkt:
Die deutsche Regierung hat in der Tat gelegentlich die Hilfe der schwedischen Regierung in Anspruch genommen, um Nachrichten von und nach neutralen Ländern gelangen zu lassen, von denen sie durch das völkerrechtswidrige Verhalten der britischen Regierung und ihrer Bundesgenossen abgeschnitten war. Während nämlich die deutsche Regierung entsprechend einem internationalen Grundsatz, wonach die über See verkehrenden Völkerposten der Neutralen und der Kriegführenden, mögen sie amtlicher oder privater Natur sein, unverzüglich sind, den Nachrichtenverkehr auf neutralen Schiffen auch dann unbehelligt gelassen hat, wenn die Ziele von feindseligen Befehren in neutralen oder von neutralen Schiffen in feindseligen Befehren wurden, hat die britische Regierung im XI. Haager Abkommen über gewisse Einschränkungen und Ausübung des Seebüchertums im Verein mit ihren Verbündeten von Beginn des Krieges an nicht nur den unmittelbaren Briefverkehr ihrer Gegner mit neutralen Ländern, sondern sogar den Nachrichtenverkehr zwischen den neutralen Ländern selbst in der einfachsten Weise unterbunden. Es ist daher verständlich, wenn neutrale Regierungen ihr gutes Recht, den Nachrichtenverkehr der Kriegführenden mit anderen Neutralen zu vermitteln, auch in der Form ausüben, daß sie deren amtliche Schiffstelegramme weiterbefördern. Das hat sogar die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika getan, als sie ihre äußere Neutralität noch aufrecht erhielt, indem sie in zahlreichen Fällen die Beförderung chiffrierter deutscher amtlicher Telegramme übernahm. Für Schweden lag ein Einfluß zu einem solchen Entgegenkommen gegenüber Deutschland um so eher vor, als es, seiner natürlichen Lage als Durchgangsland zwischen Rußland und England entsprechend, auch den Nachrichtenverkehr dieser Feinde Deutschlands in weitgehendem Maße vermittelt hat. Wie in einem der schwedischen Briefe ausgegoren und auch hier veröffentlichten Communiqués mit Recht hervorgehoben wird, liegt in einem solchen Verhalten keine Neutralitätsverletzung, zumal Schweden, wie aus dem Communiqué erhellt, ähnliche Dienste auch den Vereinigten Staaten für den Telegraphenverkehr durch Deutschland nach dem Orient geleistet hat.

Aus Rußland kommentiert die Enthaltungen Lanfings. Er behauptet, daß auch nach dem amerikanischen Kontinent zu Händen der schwedischen Gesandtschaft in Buenos Aires deutsche Schiffstelegramme versandt worden seien, die dann der deutsche Gesandte, wenn nicht, an die anderen deutschen Gesandtschaften in Amerika weitergab. Darüber seien schon 1915 Vorstellungen der englischen Regierung an die schwedischen erfolgt. England habe mit der Kontrolle der schwedischen Schiffstelegramme gebührt. Der Interaktionssekretär im Auswärtigen Amt Errove habe am 11. Mai 1915 mit dem schwedischen Gesandten darüber gesprochen. Nach einigen Tagen habe die schwedische Regierung eine offizielle Erklärung im gegenseitigen Einverständnis abgegeben. Sodann erwiderte Reuters der unversöhnlichen Geschäftsführer des amerikanischen Spionagedienstes' hohes Lob. Gegenüber der neutralen Agitation müsse man so barmherzig sein, anzunehmen, daß sie sich von Deutschland am Karrenfeld habe führen lassen. Der „Observer“ verlangt ebenfalls Vorrecht gegen Schweden, daß man die Folgen seiner Unterwerfung unter den deutschen Druck erlebe.

Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten ließ durch ein vom 12. April datierten Brief des amerikanischen Gesandten in Stockholm für die ihm so begehrte internationale Öffentlichkeit seine Gefühlsregung ausdrücken. Schon im Laufe des Sommers 1917 wurde von seiten Englands der Wunsch ausgedrückt, daß die Hebermittlung von Depeschen zwischen Deutschland und Nordamerika aufhöre. Es wurde diese förmliche Stellung erhoben, aber der damals im Amt befindliche Minister Newburn glaubte den zum Ausdruck gebrachten Wunsch erfüllen müssen. Nachdem insofern der Minister des Auswärtigen eine mündliche Besprechung mit dem englischen Gesandten gehabt hatte, glaubte er auf dem Konferenzen über die Tragweite dieser Besprechungen, nicht, daß ein Sündenregister vorliegt, Telegramme an anderen neutralen Ländern, wie zum Beispiel Argentinien, zu übermitteln. Infolgedessen haben Hebermittlungen von Depeschen mit diesem Lande stattgefunden. Nach einer amerikanischen Meldung waren die jetzt in Frage kommenden Depeschen in einer Geheimpraxis abgefaßt und inselgeschaffen für abemittelnden Zeit nicht zu entziffern. Ihre sind nicht in der Lage, aufzufallen, ob der Inhalt dieser Depeschen dem ihnen zugewiesenen entspricht.

Die Darlegung ist, wie zu beachten ist, drei Tage nach der nachstehenden Erklärung des schwedischen Ministers des Auswärtigen erfolgt.

Der Inhalt der vom Grafen Burgzug abgeforderten Telegramme wird noch beizufügen werden.

Die Beurteilung in der amerikanischen Presse.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Saag, 11. September.
Das Staatsdepartement erwartet, daß Schweden seinen Gesandten zurückrufen und ansprechen wird, daß es keine unneutralen Taten verabsichtige. Man glaubt aber, die amerikanische Regierung werde nicht damit zufrieden sein. In den einflussreichsten demokratischen Kreisen sieht man den Zustand außer sich an. „Observer“ müsse sich Schweden gegen

Der Interaktionssekretär im Auswärtigen Amt Errove habe am 11. Mai 1915 mit dem schwedischen Gesandten darüber gesprochen. Nach einigen Tagen habe die schwedische Regierung eine offizielle Erklärung im gegenseitigen Einverständnis abgegeben. Sodann erwiderte Reuters der unversöhnlichen Geschäftsführer des amerikanischen Spionagedienstes' hohes Lob. Gegenüber der neutralen Agitation müsse man so barmherzig sein, anzunehmen, daß sie sich von Deutschland am Karrenfeld habe führen lassen. Der „Observer“ verlangt ebenfalls Vorrecht gegen Schweden, daß man die Folgen seiner Unterwerfung unter den deutschen Druck erlebe.

„Matin“ erklärt zu den Enthaltungen Lanfings, man dürfe sich im Augenblick nicht auf einen gemeinsamen Schritt der „Entente“ in Stockholm verlassen. Es sei

Neutrale Stimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Rotterdam, 12. September.
Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schließt einen Artikel über die amerikanisch-schwedischen Enthaltungen mit der Bemerkung ab, es komme nur auf die Folgen an, und diese dürften für gegenwärtige schwedische Regierung und für das Verhältnis zwischen Deutschland und Argentinien verhängnisvoll sein. Das Blatt meinte, es handle sich bei der Publikation darum, der schwedischen Opposition eine Waffe gegen die Regierung in die Hand zu geben.

